Änderungen des Gesellschaftsvertrages der OVVD nach Vermögensauseinandersetzung mit der Stadt Neubrandenburg

Die Satzung der Gesellschaft wird wie folgt geändert:

§ 3 - Stammkapital und Stammeinlage - wird wie folgt geändert:

„§ 3 - Stammkapital und Stammeinlage

(1) *Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt*

54.103,00 €

(in Worten: vierundfünfzigtausendeinhundertunddrei Euro).

Von diesem Stammkapital übernehmen

<i>1. der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
einen Geschäftsanteil im Nennbetrag von</i>	<i>36.700,00 EUR</i>
<i>2. der Landkreis Vorpommern-Greifswald
einen Geschäftsanteil im Nennbetrag von</i>	<i>16.050,00 EUR</i>
<i>3. der Landkreis Vorpommern-Rügen
einen Geschäftsanteil im Nennbetrag von</i>	<i>1.353,00 EUR</i>

Die Geschäftsanteile sind voll eingebracht.“

§ 7 Abs. 1 und Abs. 12 - Aufsichtsrat - werden wie folgt geändert:

„§ 7 - Aufsichtsrat

(1) *Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat.*

Die Gesellschafter entsenden Mitglieder des Aufsichtsrates wie folgt:

<i>1. Landkreis Mecklenburgische Seenplatte:</i>	<i>3 Mitglieder</i>
<i>2. Landkreis Vorpommern-Greifswald:</i>	<i>3 Mitglieder</i>
<i>3. Landkreis Vorpommern-Rügen:</i>	<i>3 Mitglieder</i>

Für die Entsendung und für die Ausübung der Tätigkeit sind die Vorschriften der Kommunalverfassung des Landes M-V in der jeweils geltenden Fassung maßgeblich. Die von den Gesellschaftern entsendeten Mitglieder des Aufsichtsrates sind an die Weisungen und Richtlinien des Kreistages gebunden.

Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder beginnt mit der Entsendung durch die Vertretungskörperschaften der Gesellschafter und der Anzeige gegen-

über der Gesellschaft. Sie endet nach Ablauf der Wahlperiode mit der Entsendung der neuen Aufsichtsratsmitglieder.

- (12) *An den Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse können Personen, die dem Aufsichtsrat nicht angehören, an Stelle von verhinderten Aufsichtsratsmitgliedern, jedoch ohne Stimmrecht, teilnehmen, wenn sie von diesen hierzu schriftlich ermächtigt sind. Sie können auch schriftliche Stimmabgaben der abwesenden Aufsichtsratsmitglieder überreichen. Die Landräte sowie die für die Beteiligungsverwaltung zuständigen Vertreter der Gesellschafter, in Vollmacht der gesetzlichen Vertreter der Gesellschafter, können an den Sitzungen mit Rederecht teilnehmen; ihnen sind die Sitzungsunterlagen gleichermaßen wie Mitgliedern des Aufsichtsrates auszuhändigen.“*

§ 8 Abs. 1, Abs. 8 und Abs. 10 - Gesellschafterversammlung - werden wie folgt geändert:

„§ 8 - Gesellschafterversammlung

- (1) *Die Landräte vertreten die Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung. Die Landräte können Bedienstete des Gesellschafters im Verhinderungsfall mit ihrer Vertretung beauftragen.*
- (8) *Beschlüsse werden mit 3/4 Mehrheit gefasst, soweit die Gesetze oder dieser Vertrag nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Die Gründung neuer, die Beteiligung an bestehenden Gesellschaften und andere Verfügungen über Beteiligungen an Unternehmen bedürfen der Zustimmung aller Gesellschafter.*
- (10) *Die Beteiligung an anderen Unternehmen bedarf der Zustimmung der Kreistage.“*

In § 8 wird folgender Abs. 11 angefügt:

- „(11) Die Stadt Neubrandenburg erhält ein Anhörungsrecht in der Gesellschafterversammlung, soweit durch Beratungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung eigene Angelegenheiten der Stadt Neubrandenburg, namentlich die Entsorgung gewerblicher Abfälle aus der Stadt Neubrandenburg berührt wird. Die Gesellschaft erteilt der Stadt Neubrandenburg in den genannten Angelegenheiten Auskünfte, soweit gesetzliche Geheimhaltungspflichten nicht entgegenstehen.“*